

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm
- 5 wird
- 6 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große Gesetzesvorhaben
- 7 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft
- 8 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit
- 9 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat
- 10 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und
- 11 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften
- 12 befassen wird.
- 13 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 14 Im November 2020 findet die übernächste UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow statt, kurz
- 15 davor kommen die UN-Mitgliedstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz zusammen. Eben
- 16 in
- 17 dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und Deutschland
- 18 müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen die
- 19 Klimakrise
- 20 und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät, dass wir
- 21 das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi-Ziele zur
- 22 Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf ambitionierte
- 23 verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur Erreichung der
- 24 Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan Biodiversität.
- 25 Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf zögernde
- 26 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.
- 27 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch
- 28 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von Deutschlands
- 29 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein, dass
- 30 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäische Union

27 lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die
28 Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen Kraftwerke
29 mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen Emissionen eine
30 höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden: die
31 Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die Maßnahmen sind
32 sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu

33 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die
34 internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs
35 auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden: wir
36 fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.

37 Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive
38 Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU-Kommissar Frans Timmermanns
39 beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu
40 erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine ambitionierte
41 Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz sollen
42 klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen klarer
43 Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den Sektoren
44 unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich
45 erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und
46 Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der
47 Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein,
48 dass ein neues europäisches CO₂-Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser
49 Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht
50 werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein! Die
51 Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€ pro
Tonne
52 CO₂ eintreten.

53 Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des Europäischen
54 gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket" kommt,
55 wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die
56 Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline Nord
57 Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die
58 Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren Gelder für
59 fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine
60 Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien fördern.
61 Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren
62 zusammenwachsen.

63

64 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen
65 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es
66 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam,
67 rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und wenig
68 Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber wir
69 wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere
70 europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation

71 brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim Ausstieg
72 unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss auskömmlich
73 finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt werden,
74 nur zukunftsfeste Investitionen unterstützen und die Beschäftigten im Blick haben.

75

76 Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als
77 Querschnittsthema im nächsten EU-Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die
78 deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir
brauchen

79 ein Divestment-Programm und ein Climate Mainstreaming für den EU-Haushalt. Nachdem mit
der

80 Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen
81 Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen Wasserstoffstrategie
82 Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

83

84 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für
85 Bäuer*innen, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so
86 dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als
87 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-
88 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise
89 anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine
90 Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen
91 qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert
92 werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende
93 Landwirtschaft.

94

95 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in
96 der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen
97 Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere
98 Landwirtschaft voranzubringen.

99 EU Haushalt stärken

100 Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der
101 Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen
102 Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des
103 Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele
104 leisten sollen. Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen
105 Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir GRÜNE fordern 50%. Für die EU-
106 Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit
107 die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt.
108 Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im
109 Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene
110 dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt
111 der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir
112 keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer
113 Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen
114 Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1.000 Milliarden Euro für den
116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das
117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am
118 Bruttonationaleinkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den
Ausgaben
119 aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade
120 wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt
gegenfinanzieren
121 könnten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in
122 Klima, Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1%-Ziel bei den Verhandlungen
123 zum mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer
124 Hardlinerposition der Europäischen Union. Wer den EU-Haushalt zusammenkürzen will, wird die
125 Klimakrise nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent. Wir
126 GRÜNE wollen in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU-Haushalt bereitstellen und den EU-
127 Haushalt durch eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘
131 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freund*innen aus Europa die Debatte
über
132 eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an. Deutschland
133 gehört zu den größten Geldgebern der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für ihre
134 geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit fossilen
135 Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den Zielen des
136 Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr ehrgeizige
137 Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr Eigenkapital,
138 um innovative Technologien in großem Umfang zu finanzieren und eine
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestor*innen noch nicht tragen wollen.
140 Einen schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt
auf
143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, autoritäre Justizreformen, Korruption, die
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher Akteure
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu
150 bewahren.

151

152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass alle
154 Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen
155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das würde

sie

156 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu
157 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie gilt
158 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die Grundrechtecharta muss

159 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.

160

161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in
162 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen
in

163 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Ein
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur die
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem
168 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie zielgerichtet
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort ankommen, wo
es

171 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
172 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher
173 Ratspräsidentschaft verankert werden.

174 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,
175 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland hat die
176 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein wirksamer
177 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und echte
178 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten
179 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine
180 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen
181 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

182 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
183 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"
184 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
185 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
186 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.
187 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur*innen zu schützen, sollte die deutsche
188 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
189 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

190 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
191 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen
192 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:
193 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden
194 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

195 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

196

197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch europäisches
198 Recht.
199 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.
200 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal wieder in
201 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die
202 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen, solche
203 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum durchzuführen
204 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine
205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt. Auch
206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden die
207 Menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc-Verteilungsmechanismus zwischen vier EU-
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss ihre
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus und
211 auch
212 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.
213 Die EU-Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
214 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern
215 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
216 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die
217 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung
218 mit
219 verhindert haben.
220 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
221 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
222 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
223 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
224 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu
225 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine
226 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
227 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
228 Umweltverbrechen sind.
229 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für
230 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidiger*innen von
231 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeber*innen, aber auch Bürger*innendialoge mehr
232 und
233 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche
234 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des
235 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen
236 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die
237 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen
238 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas
239 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame Migrations- und

238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft
239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von
internationalem
240 Recht durchzusetzen.

241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr - beispielsweise
durch
242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für
243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von EU-Trust-
Funds
244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte
245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von
246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die
247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.